

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 5 Mark. Einzelne Nummern 20 Pfennig.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einbezug 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen. Familiennachrichten u. Stellenangebote zur Hälfte. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Diebstahl-Listen der Verwaltung der Staatsforsten und der Landesforstrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufskarte von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: i. B. Oskar Edel in Dresden.

Nr. 9

Dresden, Freitag, 11. Januar

1924

Der Jahrestag des Ruheinbruchs. Eine Rundgebung des Reichskanzlers.

Berlin, 10. Januar.
Der Reichskanzler erläßt aus Anlaß der Wiederkehr des Jahrestages des Ruheinbruchs folgende Rundgebung:

Am 11. Januar jährt sich der Tag, an dem französische und belgische Truppen unter Verletzung des Versailler Friedensvertrages deutschen Land an der Ruhr mit Waffengewalt besetzt haben. Eine Kette schwerer Leiden und Prüfungen ist der Bevölkerung des alt- und neu-besetzten Gebietes seit jenem schwarzen Tage auferlegt worden. Tausende von Deutschen wurden mit ihren Familien von Haus und Hof vertrieben, und über 2000 Gefangene harrten noch heute in den Gefängnissen der fremden Besatzungsmächte ihrer Befreiung. Die „Verbrechen“, die ihnen zur Last gelegt wurden, waren Gehorsam gegen die Gesetze ihres Landes und Treue zu Heimat und Vaterland. Morde und Tötungen, Raub, Zucht, Raub und Mißhandlungen, begangen von farbigen und weißen Truppen, haben in der wehrlosen Bevölkerung das Gefühl ausgelöst, daß sie rechtlos fremder Vergewaltigung preisgegeben sind. Dieses Martyrium wurde noch ins Unrechtliche gesteigert durch die schamlosen Übergriffe eines landfremden, künftigen Separatistengesindels, dessen Treiben einen Dolch auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker bedeutet. An alle diejenigen in der Welt, die sich noch menschliches Empfinden und völkerverständliches Denken bewahrt haben, appelliere ich, mit uns dahin zu wirken, daß der Rechtszustand im besetzten Gebiet wieder hergestellt werde, daß vor allem die unschuldig in Gefängnis schmachtenden Deutschen ihren Familien endlich zurückgegeben werden und die Vertriebenen in ihre Heimat zurückkehren können.

Alle Leiden und Bedrückungen, denen die Bevölkerung des besetzten Gebietes in dem abgelaufenen Jahre in ihrem Kampfe um Recht und Heimat ausgegesetzt war, hat sie nicht mahnend machen können in ihrer Treue zu deutschen Vaterland, und niemals war im unbesetzten Deutschland der geistige Besch von Rhein und Ruhr so stark verankert, wie heute. In allen Deutschen ist gerade durch die bitteren Erfahrungen der letzten Monate die Überzeugung vertieft worden, daß besetztes und unbesetztes Gebiet nicht ohne einander leben können, daß sie auf ewig zusammengehören. Auch das unbesetzte Deutschland hat unter den Auswirkungen des Rhein und Ruhr geführten Kampfes schwer gelitten. Die Abschmälerung der Volkswirtschaft hat unsere Wirtschaft auf unsere Hilfsquellen bis zur völligen Erschöpfung geschwächt. Aber diese Opfer waren gering, gemessen an dem, was Rheinland und Westfalen tagtäglich im Deutschen Reich zu leisten haben müssen, und freudig wird jeder Deutsche auch in Zukunft das Letzte mit den Brüdern im besetzten Gebiet teilen. Rhein und Ruhr sind deutsch und müssen deutsch bleiben! Als Kanzler des Deutschen Reiches und als Sohn unserer geliebten rheinischen Heimat danke ich heute den Schwägern und Brüdern an Rhein und Ruhr, in der Pfalz und an der Saar für ihr treues Ausharren und entbiete ihnen meine heißen Segenswünsche in der Hoffnung, daß der Tag der Befreiung von fremder Besetzung und der endgültigen Wiedervereinigung mit dem unbesetzten Deutschland nicht mehr fern sei!

Rein Opfer wird zu groß sein, um dieses Ziel zu erreichen. Es lebe das einigte, unteilbare Deutschland!

(gez.) Reichskanzler Marx.

Der Gesamtschaden, den die deutsche Volkswirtschaft vom Januar bis zum Ende 1923 infolge des Ruheinbruchs erlitten hat, beläuft sich nach einer Zusammenstellung des A. Z. auf etwa dreieinhalb bis vier Milliarden Mark. Aber die Volkswirtschaft hinaus aber hat die Ruhrbesetzung auch auf die deutsche Finanzwirtschaft ihre Wirkungen ausgeübt. Hierbei ist vor allem die finanzielle Unterstützung des Reiches für die Erwerbslosen zu berücksichtigen. Durch die

Belastung der deutschen Wirtschaft am Rhein und an der Ruhr war von den mehr als vier Millionen Erwerbstätigen dieser Gegend der größte Teil zu völliger oder teilweiser Untätigkeit verurteilt. Die fiskalische Belastung durch die Ruhrmaßnahmen beläuft sich bis Ende September auf 1150 Millionen Goldmark. Es kommen dazu die Einnahmeausfälle von Post, Eisenbahn und Wasserstraßen, die Ausfälle an Steuern und Zöllen, die Schäden des Bergbaus, der Forst- und landwirtschaftlichen Domänenverwaltung, die Aufwendungen für Ersatztransporte, und vor allem die schweren körperlichen Schädigungen, die durch das brutale Vorgehen der Franzosen und Belgier gegen die deutsche Bevölkerung an der Ruhr entstanden sind. Die Zahl der Deutschen, die von den Franzosen und

Belgieren verwundet oder gefangen gesetzt und so an ihrer Gesundheit und ihrer Erwerbsfähigkeit geschädigt wurden, ist erschreckend groß. Getötet wurden durch Angehörige der Besatzungsmächte 132 Personen. Ausgewiesen wurden 39 524 Beamte, Angestellte und Arbeiter mit 106 134 Familienangehörigen. Die Zahl der in den Gefängnissen schmachtenden Deutschen beträgt im ganzen 2021. Tausend befinden sich in ausländischen Straf- anstalten. Von diesen Gefangenen sind 432 Deutsche und 1589 Zivilpersonen. Sie alle, die meist nichts anderes getan haben, als den deutschen Gesetzen entsprechend den Einbruchsmächten ihre Unterstützung zu verweigern, sind zu insgesamt 1534 Jahren verurteilt worden.

Die Suche nach der Brücke zwischen Paris und Brüssel.

Eine Enttäuschung für Deutschland.

Paris, 10. Januar.
Über die am Mittwoch in später Abendstunde am Canal d'Orsay eingetroffene belgische Antwort auf das deutsche Memorandum lauzieren die mannigfachen Versionen. Der Wahrheit am nächsten dürfte „Le Nouvelle“ kommen, wenn sie der Befürchtung Ausdruck gibt:

Das zwischen den Auffassungen von Brüssel und Paris eine Brücke bisher noch nicht habe gefunden werden können. Allerdings seien die Meinungsverschiedenheiten nicht mehr so tiefgehend, daß man deshalb an der Möglichkeit einer Einigung verzweifeln müßte. Jappart wünsche, daß die französisch-belgische Antwort weiteren Verhandlungen mit Deutschland die Tür offen lasse, während Poincaré's Ansicht nur so weit gehe, diese Tür nicht direkt zu verriegeln. Auf jeden Fall aber, meint das Blatt, werde die französisch-belgische Antwort eine harte Enttäuschung in Deutschland hervorrufen.

denn man könne in Berlin noch immer zu hoffen, daß der von der deutschen Regierung bekundete gute Wille nicht ganz unbelohnt bleiben werde. Der von der Industrie beider Länder gewünschte Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Frankreichs sei auf die Dauer nur möglich, wenn entweder Deutschland Frankreich das Recht einräume, Rheinland-Westfalen als eine Art Tomium zu behandeln, oder aber wenn Frankreich die volle Wiederherstellung der deutschen Souveränität über diese Gebiete gestatte. Das gegenwärtige System jedenfalls sei ein Produkt des Zufalls und der Gewalt und deshalb auf die Dauer unhaltbar.

Die unantastbare Pfänderpolitik.

Paris, 10. Januar.
Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, bilden die beiden Antwortentwürfe der französischen und belgischen Regierung auf die letzte deutsche Note umfangreiche Dokumente, wobei die belgische Antwort noch umfangreicher als die französische ist. Beide Noten beinhalten zunächst aus einer kurzen Einleitung und verfolgten dann Punkt für Punkt die letzte deutsche Note, wobei sie auf alle Argumente, die in den deutschen Ausführungen vorgebracht wurden, antworteten. Der allgemeine Sinn der französischen und belgischen Antwort sei der, daß die beiden alliierten Regierungen die Herstellung eines Modus vivendi im Rheinland und im Ruhrgebiet für möglich und wünschenswert hielten, indessen nicht zugeben könnten, daß die „Pfänderpolitik“, die sie seit dem 11. Januar des letzten Jahres verfolgt, angefaßt werde. Insbesondere hinsichtlich der Aufhebung der Kontrollen der Ausfuhrerzeugnisse zwischen dem

besetzten und unbesetzten Deutschland zeigen die französische und belgische Regierung die gleiche Ablehnung.

Stinnes über die Begleichung der Reparationen.

Paris, 10. Januar.
Hugo Stinnes gewährt in Kehlheim a. d. R. einem Sonderberichterstatter des „Journal des Débats“ eine Unterredung, in der er diesen einen Plan der Begleichung der Reparationen durch Sachleistungen und seine Auffassung der künftigen deutsch-französischen Beziehungen entwickelte. Die Verträge mit der Allie, die einen Anfang darstellen, liefen darauf hinaus, daß die Ruhrindustriellen mit einer Schuld belastet würden, die das Reich als Ganzes einzulösen habe.

Die Ruhrindustrie habe nicht die Möglichkeit an Stelle des Reiches die Reparationen zu bezahlen. Sie fänden weiter keinen Geldgeber, weil die Grenzen des Staates, zu dem sie gehörten, nicht sicher seien. Bis zum 15. April 1924 müße ein ehrliches und zuverlässiges Abkommen zustande kommen, das der Wirtschaft Rechnung trage. Sonst müßten die Ruhrbetriebe die Arbeit einstellen.

Deutschland könne nicht an Frankreich übermäßig große Summen zahlen. Die tatsächliche Möglichkeit liege in der Begleichung durch Sachleistungen. Man müße die Leistungsfähigkeit und die Aufnahmefähigkeit der empfangenden Länder feststellen. Er räte, daß die Regierungen zunächst unter sich den Betrag der Leistungen in Annuitäten festsetzen. Diese Ziffern seien in Goldmark zu berechnen und die vereinbarten Annuitäten durch 20- oder 30jährige Verträge zwischen den Industriellen der Länder zu beden. Die Lieferungen seien den deutschen Industriellen von der Reichsregierung zu bezahlen. Die Sachleistungen würden an die Industriellen Frankreichs usw. gehen, die einen entsprechenden Teil an ihre Regierungen abzuführen hätten. Die Beträge müßten in einem Sonderbudget für die Reparationen geführt werden. Darüber hinaus könnten noch gewisse Steuern zu Reparationszwecken Verwendung finden. Er sei überzeugt, sobald Deutschland und Frankreich untereinander einig vor Amerika hinträten, würde es zwischen Amerika und Frankreich oder zwischen Deutschland und Amerika gar keine anderen Schwierigkeiten zu beseitigen geben. Die Zeit dränge.

Man werde die Wahl haben zwischen der Beendigung der gegenwärtigen Zustände durch einen neuen Krieg und durch neue Ruinen, oder, wie seine Vermittlungen bezwecken, durch ein zuverlässiges Abkommen zwischen zwei Ländern, die nicht immer und ewig Feinde bleiben könnten.

Der Konflikt mit Thüringen. Ultimative Bedingungen des Reichs.

Berlin, 10. Januar.

Die Auffassung der Reichsregierung über die Lage in Thüringen ist, wie wir hören, folgende: Nach Ansicht der Reichsregierung ist das Material, das von der Untersuchungskommission in Weimar zutage gefördert worden ist, hinreichend, um die Einsetzung eines Reichskommissars zu rechtfertigen. Dennoch besteht bei der Reichsregierung keine Eile, einen solchen Kommissar zu ernennen, und zwar will man aus politischen Gründen der thüringischen Regierung entgegenkommen. Die Reichsregierung hat daher bei der thüringischen Regierung gewisse Bedingungen gestellt. Nimmt die thüringische Regierung diese Bedingungen an, so wird die Reichsregierung auf Einsetzung eines Reichskommissars verzichten, und die thüringische Regierung bleibt bis zu den Landtagswahlen im Amt. Lehnt die thüringische Regierung hingegen ab, so wird sich die Reichsregierung vermutlich dennoch zur Einsetzung eines Reichskommissars entschließen.

Zu diesen Mitteldingen schreibt das „Berliner Tageblatt“:

Wir geben diese in Kreisen der Reichsregierung bestehende Auffassung wieder, möchten aber bemerken, daß uns keinerlei Grundlage für eine neue Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten zur Abhebung der thüringischen Regierung gegeben scheint. Bekanntlich ist seinerzeit die Zulässigkeit der Abhebung der sächsischen Regierung ebenso wie die Zweckmäßigkeit hart angefochten worden; auch die bayerische Regierung hat damals gegen die Abhebung der sächsischen Regierung protestiert.

Um den neuen bayerischen Landtag.

Die Zahl der Abgeordneten.

München, 10. Januar.

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags nahm heute vormittag die Regierungsvorlage an, wonach die Zahl der Landtagsabgeordneten auf 99 gewählt und 15 Landesabgeordnete herabgesetzt werden soll. Zu jedoch für diesen Antrag gegen die Bayerische Volkspartei im Plenum keine Mehrheit zu erreichen ist, so wurde gleichzeitig der Eventualantrag Graf Beckenlooses an das Plenum verwiesen, der die Mandatszahl auf 113 bez. 15 festsetzt. Das Plenum wird voraussichtlich diesen letzteren Antrag annehmen. Beschlossen wurde ferner die Beibehaltung von acht Wahlkreisen, während die neue Stimmkreisinteilung einem Untersuchungsausschuß überwiegen wird. Für Koburg bleibt es bei den bisherigen zwei Abgeordneten.

Landrächtige Hitlerputschisten.

München, 10. Januar.

Bekanntlich hält sich ein Teil der städtischen Hitlerputschisten in Trolauf, bisher unbehelligt von der dortigen Landespolizei. Diese scheint sich aber jetzt eines anderen besonnen zu haben. Sie hat den gefährlichsten Hezer aus München, Herrn Hermann Eiser, des Landes verwiesen. Eiser hat Titel bereits verlassen und sich in das Lager der Boyener Putschisten begeben, wo er gewiß mit offenen Armen aufgenommen wurde. Dagegen befindet sich der militärische Führer des ehemaligen Kampfbundes, Hauptmann Göhring, immer noch im Innsbrucker Hospital, obwohl er von seiner Verwundung wieder hergestellt ist.

Die Angeklagten.

München, 10. Januar.

Im Prozeß gegen die Hochverräter des 8. und 9. November ist am Donnerstag die Anklageschrift des Staatsanwalts dem Gericht zugestellt worden. Als Führer des vollendeten Hochverrats sind neun Personen angefaßt, und zwar: Hitler, Lubendorff und sein Stiefsohn (ein Leutnant der Infanterieschule), der ehemalige Polizeipräsident Vochnar, der stell-